

# Ärzte halten Krebs-Impfprogramm für gescheitert

Der Bund hat die Programme zur Bekämpfung von Gebärmutterhalskrebs bis 2017 verlängert. Das ärgert die Kinder- und Hausärzte. Der Aufwand sei «enorm».

## Von Simone Rau

70 bis 80 Prozent der sexuell aktiven Frauen und Männer infizieren sich Schätzungen zufolge im Laufe ihres Lebens mit Papillomaviren (HPV). In den meisten Fällen verschwinden die übertragbaren Erreger unbemerkt und ohne Folgen. Doch bei jeder fünften Frau, die sich mit einem Hochrisiko-Typ des Virus infiziert, entwickelt sich Gebärmutterhalskrebs oder eine Vorstufe davon. Laut dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) erkranken jährlich 250 Frauen an dieser Krebsart, 90 sterben.

Aus diesem Grund führte der Bund 2008 kantonale Impfprogramme gegen HPV ein. Seither können sich Mädchen und junge Frauen zwischen 11 und 19 Jahren kostenlos impfen lassen. Im Jahr 2011 kamen zusätzlich Frauen von 20 bis 26 Jahren hinzu. Die einzige Voraussetzung für alle Altersklassen: Die Impfung muss im Rahmen eines Programms vorgenommen werden - also über den schulärztlichen Dienst oder einen Arzt im Programm. So könne man sicherstellen, dass möglichst viele junge Frauen vom Angebot Gebrauch machten, argumentierte der Bundesrat 2008. Ein weiterer Vorteil sei der kostengünstige Einkauf des Impfstoffs durch die Kantone.

Vier Jahre nach dem Start der Programme zeigt sich: Nur die zweite Hoffnung des Bundesrats hat sich erfüllt. Kostete die Impfung anfangs 477 Franken, sind es heute noch 91 Franken. Die

Durchimpftrate jedoch liegt deutlich unter den damals geäusserten Erwartungen. Bis 2012 hätte sie bei den 11- bis 14-jährigen Mädchen 80 Prozent und bei den 15- bis 19-jährigen 50 Prozent betragen sollen. Stattdessen sagt Catherine Bourquin, stellvertretende Leiterin der Sektion Impfprogramme beim BAG: «Wir sind noch nicht so weit, aber die Durchimpfung steigt kontinuierlich an. Das ist das Wichtigste.»

Über aktuelle Zahlen verfügt das BAG nicht. Bei der letzten Erhebung im Jahr 2010 betrug die Impftrate bei den 11- bis 19-jährigen gerade mal 36 Prozent, wobei die Westschweiz mit 57 Prozent fast doppelt so hoch lag wie die Deutschschweiz (30 Prozent). Von den 16-jährigen Mädchen waren schweizweit geschätzte 50 Prozent geimpft. «Es ist anzunehmen, dass dieser Anteil inzwischen zugenommen hat», sagt Bourquin. Es brauche Zeit, um eine neue Impfung breit einzuführen.

## Deklariertes Ziel «klar verfehlt»

Die Zeit für die Impfprogramme sei aufgebraucht, findet hingegen Rolf Temperli, Co-Präsident von Kinderärzte Schweiz. Der Berufsverband der Kinderärzte hat seinen Unmut kürzlich in einem Brief an Gesundheitsminister Alain Berset kundgetan. Das deklarierte Ziel sei «klar verfehlt» worden, heisst es darin. Dafür hätten die Programme den impfenden Praxen sowie den Kantonen einen «enormen administrativen Aufwand beschert». So müsse beispielsweise in den meisten Kantonen jede Impfung mit Angabe der Daten des Geimpften dem Kantonsarzt gemeldet werden. Auch das separate Abrechnen sei eine «Zumutung», sagt Temperli.

Der Berner Kinderarzt mit eigener Praxis kann nicht verstehen, dass der

Bundesrat die Impfprogramme unter diesen Umständen bis 2017 weiterführen will. «Die HPV-Impfung muss als normale Routineimpfung erfolgen - und nicht in Form eines staatlichen Massenimpfprogramms.» Der Sonderstatus sei der Impffreudigkeit einer «impf- und beamtenkritischen Bevölkerung keineswegs zuträglich». Zudem habe die Erfahrung gezeigt, dass die meisten Jugendlichen eine individuelle Beratung durch den Arzt wünschten. «Eine solche ist aber nicht vorgesehen und wird im Rahmen der Impfprogramme auch nicht bezahlt.» Die Programme seien «schlicht gescheitert» und gehörten abgeschafft. In ähnlich harschen Worten äussert sich Franziska Zogg von Hausärzte Schweiz, dem Berufsverband der Hausärzte.

## Behörden suchen Alternativen

Gaudenz Bachmann von der Eidgenössischen Kommission für Impffragen will nicht von Scheitern reden, sondern vom «bisher nicht erreichten Ziel. Auch ich habe die Akzeptanz der HPV-Impfung überschätzt.» Einen Grund sieht der Präventivmediziner in der Zurückhaltung der Bevölkerung beim Thema Krebs. Trotzdem möchte er die kantonalen Programme weiterführen: «Ich bin zuversichtlich, dass wir noch mehr Mädchen und Frauen erreichen können.»

Das BAG ist sich bewusst, dass der Aufwand für die Impfungen je nach Kanton «sehr hoch» ist. Deshalb würden «alternative Lösungen» gesucht. Welche dies sind, mag Bourquin nicht verraten. Ebenso wenig, bis wann allfällige Lösungsvorschläge präsentiert würden. Das wiederum verärgert die ausführenden Ärzte. Bevor man die Programme um vier Jahre verlängere, müsse man zwingend ihren Nutzen aufzeigen, so Temperli.